



Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 30. April 2009.

Im Rahmen der Anerkennung der Tagesordnung wurde auf Antrag der FDP beschlossen, die Änderung der Zuständigkeitsordnung (gegen freie Wähler) und den Tagesordnungspunkt „Mitgliedschaft im Verein Anna Maria Luisa de Medici“ (einstimmig) in die nächste Ratssitzung am 25.6. zu schieben.

Der Antrag der Linksfraktion, in die Tagesordnung einen Sachstandsbericht zum Kö-Bogen aufgrund der öffentlichen Pressekonferenz vom Vortag aufzunehmen, wurde mit den Stimmen von CDU, FDP, Krüger abgelehnt.

■ Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der FDP zum Polizeieinsatz beim Spiel von Fortuna Düsseldorf am 19.4.2009 erläuterte die Verwaltung, dass vor allen Veranstaltungen Abstimmungsgespräche zwischen der Arena-Betreibergesellschaft und der Polizei, Rettungsdiensten und Verkehrswacht stattfinden. Über die in der Presse dargestellten Sachverhalte hinaus liegen der Verwaltung keine weiteren Erkenntnisse vor. Vor dem Hintergrund staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen im Zusammenhang mit Anzeigen gegen Polizisten werden keine weiteren Auskünfte erteilt. Fans auswärtiger Mannschaften werden in der Regel ohne Halt zwischen Hauptbahnhof und Haltestelle Sportpark Nord mit der U-Bahn transportiert und auf dem Weg zu den Zügen durch die Polizei geleitet. Fortuna-Fans nutzen den U-Bahnhof Ltu-arena/Messe-Nord. Für die Zukunft wird geprüft, ob ein Busverkehr für die auswärtigen Fans und eine flexible Festlegung von Einstiegsstellen zum Fernverkehr (z.B. Fernbahnhof Flughafen) in Frage kommt.

Aufgrund einer Anfrage der CDU zur Schweinegrippe erläuterte die Verwaltung den aktuellen Stand. Bei 26 von mehr als 1000 Erkrankten in Mexiko wurde der Erreger nachgewiesen. In Mexiko sind 7 Todesfälle, in USA 1 Todesfall zu beklagen. Seit 29.4. wurde der Erreger in Deutschland in drei Fällen nachgewiesen. Die Bundesregierung hat inzwischen eine Reisewarnung für Mexiko ausgegeben, die Weltgesundheitsorganisation hat die Pandemiestufe 5 ausgerufen. Das bedeutet, dass bei einer drohenden Pandemie die organisatorischen Vorbereitungen kurzfristig abgeschlossen sein sollen. Das Gesundheitsamt hat am 25.4. Feuerwehr, Krankenhäuser und Flughafen schriftlich informiert. Alle Flugpassagiere aus Mexiko und USA erhielten Informationsblätter, inzwischen kümmern sich zwei Ärzte um

Fluggäste und Flugzeugbesatzungen aus Mexiko und USA, die Daten der Passagiere werden festgehalten. Die Einsatzpläne der Krankenhäuser wurden aktualisiert und mit der Uni-Klinik Diagnose und Therapie-Verfahren abgesprochen. Das Gesundheitsamt hat eine Hotline eingerichtet, außerhalb der Dienstzeiten sind Ärzte über die Einsatzleitstelle der Feuerwehr zu erreichen. Niedergelassene Ärzte werden jeweils aktuell über die Kassenärztlichen Vereinigungen informiert.

■ Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der CDU zur Föderalismusreform erläuterte die Verwaltung die diskutierten Reformen in den Bereichen Haushaltswirtschaft, Vorbeugung und Bewältigung von Haushaltskrisen, Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Gebietskörperschaften sowie Schuldenbremse. Durch eine Änderung des § 104 b Grundgesetz soll der Bund in die Lage versetzt werden, bei Naturkatastrophen und Notsituationen ohne Gesetzgebung Finanzhilfen zu gewähren. Dies würde ermöglichen, Mittel des Konjunkturpakets II auch unabhängig von energetischen Maßnahmen im Schulbereich einzusetzen. Die Verwaltung räumte ein, dass derartig geplante und im März beschlossene Maßnahmen erst nach der Grundgesetzänderung ausgeführt werden können. Weiterhin ist geplant, Bundesstraßen in kommunale Straßenlast zu überführen. Dies betrifft die B7 zwischen Blankertzstraße und Stadtgrenze und Teilbereiche der B8 n.

Aufgrund einer Anfrage der CDU zum SchuldnerAtlas 2008 erläuterte die Verwaltung ausgiebig die Kriterien zur Ermittlung der Verschuldung und der Verschuldungsquoten.

Aufgrund einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes muss die Organisationsform der ARGE/Jobcenter bis Ende 2010 neu strukturiert werden. Deshalb fragte BÜ 90 nach den Folgen, die sich daraus ergeben, dass die CDU-Bundestagsfraktion die vorgeschlagene Neustrukturierung nicht akzeptiert. Die Verwaltung erläuterte, dass sie mit organisatorischen Änderungen im September 2009 beginnen müsste, wenn ab 2011 die Kommune und die Bundesanstalt für Arbeit wieder eigenverantwortlich ihre Aufgaben wahrnehmen müssten. Über mögliche Kooperationen müsste die Verwaltung zu gegebener Zeit mit der Bundesagentur für Arbeit verhandeln.

Die SPD fragte nach der Beteiligung öffentlicher Träger beim Konjunkturpaket II im Hinblick auf geforderte Trägerneutralität und transparente Verfahren, nachdem entsprechende Anträge sowohl der SPD als auch von BÜ 90 in der letzten Ratssitzung abgelehnt worden waren. Die Verwaltung teilte mit, dass sie nunmehr beabsichtigt, für freie Träger von Ersatzschulen, Einrichtungen der frühkindlichen Bildung sowie gemeinnützige Weiterbildungseinrichtungen in freier Trägerschaft einen Betrag von rd. 4 Mio. Euro zu reservieren. Dieser Betrag kann aus Maßnahmen aufgebracht werden, die möglicherweise nicht förderfähig sind. Die Verwaltung wird mit den freien Trägern alle bis zum Stichtag 15. Juni 2009 eingehenden Anträge zeitnah verhandeln und dem Rat eine Beschlussvorlage zur Aufteilung der Fördermittel zuleiten. Es sollen Maßnahmen ab einem Volumen von 50.000 Euro gefördert werden, wobei alle Bestimmungen und Verpflichtungen, die der Stadt auferlegt werden, übernommen werden müssen einschl. des Risikos der Rückforderung, falls Mittel nicht zweckentsprechend verwendet werden.

Die Verwaltung geht davon aus, dass die vor längerer Zeit beschlossenen Baumaßnahmen im Kinder- und Jugendbereich beschlusskonform umgesetzt werden, da bei Durchführung des Konjunkturpaketes II in großem Umfang externe Dienstleister in Anspruch genommen werden.

■ Anträge der Fraktionen

Abgelehnt wurde von CDU, FDP (Enthaltung Linksfraktion) ein Antrag der SPD, durch den die Verwaltung beauftragt werden sollten, in Zusammenarbeit mit dem Einzelhandelsverband und der IHK die Grundlagen zur Einrichtung eines stadtweiten Bring- und Holdienstes (Einzelhandel plus Dienstleistungen) zu initiieren und so die Grundversorgung aller Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten und auf die Anforderungen des gesellschaftlichen Wandels angemessen zu reagieren. Als Ablehnungsgründe führte die CDU an, dass es für Einzelfälle individuelle Lösungen gibt (Behindertenfahrdienst), die Nahversorgung um die Ecke liegt und das Projekt Fit für 100 gezeigt hätte, wie wichtig die Mobilisierung älterer Menschen sei. Der Antrag der SPD, wegen des Feinstaubes in Klassenräumen, diese wieder täglich feucht zu wischen, wurde von CDU, FDP und Krüger abgelehnt. Der Antragsteil, dass die Schulen informiert werden, wie mit geringem Aufwand die CO² Belastungen in den Klassenzimmern gesenkt werden können, wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und Krüger in den Umweltausschuss verwiesen.

Auf Antrag von FDP, CDU, SPD und BÜ 90 unterstützt der Rat einstimmig das Aktionsbündnis „save me“ und erklärt sich bereit, die von der Bundesregierung aus dem UNHCR-Resettlement-Programm zugewiesenen Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen so die Möglichkeit zu geben, sich in Düsseldorf neu anzusiedeln.

Einstimmig erklärte der Rat auf Antrag von BÜ 90, CDU, FDP, SPD aufgrund ursprüngliche Initiative von BÜ 90, dass ein Haltepunkt des Rhein-Ruhr-Express (RRX) in Benrath dringend notwendig ist. Die CDU erklärte, dass damit keineswegs ihre grundsätzliche Zustimmung zum RRX verbunden ist.

Auf Antrag der Linksfraktion, sollte der Rat erklären, dass die Stadt jegliche Förderung neonazistischer Gedankengüter ablehnt und alles in ihrer Möglichkeit Stehende tut, um die Etablierung von Firmen, die neonazistisches Gedankengut fördert, im Stadtgebiet verhindert. Dies wurde von CDU, FDP und Krüger abgelehnt. Bei Enthaltung von BÜ90 und Lemmer lehnte der Rat ab, eine Empfehlung zu erarbeiten, dass mit den Firmen Mediatex und Protex keinerlei Vertragsverbindungen eingegangen werden.

Von CDU und FDP wurde ein Antrag der Linksfraktion abgelehnt (Enthaltung Lemmer) durch den die Verwaltung gebeten werden sollte, sich an der Ausschreibung des Preises der Stiftung Lebendige Stadt „Wege in der Stadt: Kinderfreundliche Mobilität“ zu beteiligen.

BÜ 90 beantragte, zur nächsten Ratssitzung den Entwurf eines Betrauungsvertrages zwischen der Stadt und der Rheinbahn vorzulegen. Nachdem die Verwaltung zusicherte, für die nächste Ratssitzung eine Vorlage zu erarbeiten, zog BÜ 90 diesen Antrag zurück.

Der Antrag von BÜ 90, dass die Stadtverwaltung künftig an Wettbewerben um die recyclingpapierfreundlichste Kommune in Deutschland teilnimmt, wurde von CDU, FDP (Enthaltung Lemmer) abgelehnt. Der Antrag, die Schulen über die Aktion „Wir setzen Zeichen – Schulen Pro Recyclingpapier“ zu informieren, wurde mit den Stimmen von CDU, FDP, Krüger in den Umweltausschuss verwiesen.

Ein Antrag von BÜ 90, Varianten einer leistungsfähigen Straßenbahnanbindung des ISS-Dome vorzulegen und hierbei eine Streckenführung über die Hamborner Straße in Betracht zu ziehen, wurde zurückgezogen, nachdem die Verwaltung erklärt hatte, dass bereits mehrere Varianten geprüft worden waren und ein weiterer Prüfprozess die Chancen für eine frühzeitige Besitzeinweisung bezüglich der beschlossenen Trassenführung der 701 minimiert.

Abgelehnt wurde von CDU und FDP ein Antrag von BÜ 90, ein Europe Direct Informationszentrum in zentrale Lage einzurichten als Anlaufstelle, in der den Bürgerinnen und Bürgern die Europapolitik, ihre Auswirkungen auf die Kommunalpolitik und allgemeine europäische Angelegenheiten vermittelt und nahe gebracht werden.

■ Personalien

Der Rat

- bestellte einstimmig neu als Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Reisholz, Benrath, Urdenbach und Hassels Frau Carola Krüger;
- besetzte Ausschüsse um. Die SPD wird nun im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen durch Claus Möller anstelle von Jürgen Illmer vertreten;
- ersetzte den Oberbürgermeister im Aufsichtsrat der Stadtwerke (Enthaltung Linksfraktion) sowie im Konsortialausschuss (gegen Linksfraktion) der Stadtwerke durch Herrn Stadtdirektor Rattenhuber und schlug vor, den Beigeordneten Kruse zum Mitglied des Beirates (gegen Linksfraktion) der Stadtwerke zu ernennen.

■ Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss gegen BÜ 90, Linksfraktion, 7 SPD und 4 CDU-Stimmen (Enthaltung Lemmer) zahlreiche verkaufsoffene Sonntage am 4.10., 8.11. und 13.12.2009. Es sind jeweils einige Stadtteile hiervon ausgenommen, wie wiederum je nach örtlicher Situation weitere auf einzelne Stadtteile begrenzte Sonntagsfreigaben beantragt haben. Die Obergrenze von vier Sonntagen pro Jahr wird nicht überschritten.

Der Rat nahm einstimmig den aktuellen Bericht der Lokalen Agenda über drei neue Projekte zur Kenntnis: Nachhaltigkeit im Sportverein, Ökoprotif- wie Firmen und Umwelt profitieren und Düsseldorf ist und bleibt „Hauptstadt des Fairen Handels“.

Der Rat nahm (gegen Linksfraktion, Enthaltung 1 CDU Stimme) den Entwurf eines Kooperationsvertrages zur Entwicklung eines Bildungsnetzwerkes in der „Bildungsregion Stadt Düsseldorf“ zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung mit dem Vertragsabschluss mit dem Land NRW. Durch das Bildungsnetzwerk sollen sich Schulen, Kommunen und Schulaufsicht vernetzen, zusammenarbeiten, Fortbildungsbedarf und Ressourceneinsatz abstimmen. Hierbei sollen auch andere gesellschaftliche und staatliche Bereiche (Wohlfahrtsverbände, Religionsgemeinschaften, Unternehmerschaft, Agentur für Arbeit, IHK und Handelswerkskammer) einbezogen werden.

Das Land stellt eine pädagogische Fachkraft zur Verfügung, die Stadt wird auf vorhandene Strukturen und Personal zurückgreifen.

Der Rat nahm einstimmig den Bericht des Instituts für Denkmalschutz und Denkmalpflege über das Jahr 2008 zur Kenntnis. Besonders erwähnt werden die Unterschutzstellungen von Gebäuden im Gelände des Mannesmannwerkes am Rather Kreuzweg sowie der Glashütte an der Heyestraße.

Der Rat beschloss mit den Stimmen von CDU, FDP, freien Wählern und Krüger das Stadtentwicklungskonzept „Düsseldorf 2020+ - Wachstum fördern, Zukunft gestalten“. Es zeigt einen mittel- bis langfristigen Orientierungsrahmen auf, der die quantitativen und qualitativen Faktoren aufzeigt, an denen die Stadtentwicklung ausgerichtet werden kann. Das Konzept wird demnächst im Rahmen der Schriftenreihe des Stadtplanungsamtes veröffentlicht. Die Umsetzung der im Stadtentwicklungskonzept aufgezeigten Projekte obliegt den beteiligten Ämtern.

Änderungsanträge von SPD, BÜ90 und Linksfraktion, die sich auf die Aufnahme von Kapiteln der Bereiche ökologische Entwicklung, Kulturwirtschaft, sozialer Zusammenhalt, stadtverträgliche Mobilität, gesunde Stadt (SPD), Klimawandel, demografischer Wandel, Stadt des Wissens, sozialen Ausgleich, Familienfreundlichkeit, Grün- und Freiräume (BÜ90), Umwelt, Verkehr, Soziales, Kultur (Linksfraktion) wurden von CDU, FDP und freien Wählern abgelehnt. Mit den Stimmen von CDU, FDP, freien Wählern und Krüger wurde auf Antrag von CDU/FDP beschlossen, den Punkt Akademie für Freiwilligenarbeit aus dem Stadtentwicklungskonzept zu streichen. Gegen SPD wurde auf Antrag von CDU und FDP beschlossen, dass dem Rat zum Aspekt Quartiersmanagement ein Bericht vorzulegen ist.

Um im Falle von Zwangsversteigerungen die bevorrechtigte Befriedigung der öffentlichen Kassen durchzusetzen, änderte der Rat gegen freie Wähler die Satzungen in den Bereichen Entwässerung, Abfallentsorgung und Straßenreinigung, indem in die Satzungen der Absatz „Die Gebühr ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück“ aufgenommen wurde.

■ Investitionen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung

- der Sanierung der Feuerwache Frankfurter Straße (Garath) mit vorläufigen Kosten von rd. 1 Mio Euro. Dächer und Fassaden soll 2010 saniert werden;
- die Schulerweiterung der Heinrich-Heine-Gemeinschaftsgrundschule (Heerd). Für den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern und den Ausbau der offenen Ganztagsgrundschule ist ein Erweiterungsbau einschl. Mensa geplant. Die Kosten werden vorläufig auf 5,1 Mio Euro geschätzt. Baubeginn soll im 2. Quartal 2010 erfolgen;
- einer Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Heerdter Landstraße 186 (Heerd). Als Ersatz für die Einrichtung Malmedyer Straße soll am Schulstandort der Heinrich-Heine-Gemeinschaftsgrundschule ein Neubau mit voraussichtlichen Kosten von 3,05 Mio Euro errichtet werden, wovon 0,53 Mio Euro durch Dritte übernommen werden. Baubeginn ist im III. Quartal 2010, Fertigstellung im IV. Quartal 2011 vorgesehen.

Der Rat beschloss einstimmig folgende Baumaßnahmen:

- die bauliche Erweiterung der Gerhard-Tersteegen-Grundschule, Beckbuschstraße für die Erweiterung der Offenen Ganztagsgrundschule mit Gesamtkosten von 2,5 Mio Euro;
- die Sanierung der Dreifachsporthalle Rückertstraße mit Gesamtkosten von 3,4 Mio Euro. Die Arbeiten an Fassade und Dach sowie den Innenbereichen (Umkleidekabinen, Foyer) werden zwischen Oktober 2009 und August 2010 in vier Bauabschnitten ausgeführt, wobei die Sporthalle während eines Zeitraums von 13 Wochen und die Tribünen aus Sicherheitsgründen während der gesamten Umbauzeit nicht nutzbar sind;
- die denkmalgerechte Fassadensanierung des Gebäudes Burgplatz 1 mit Gesamtkosten von 0,7 Mio Euro. Die einjährige Bauzeit soll im Juni 2009 beginnen;
- die Umgestaltung des Anschlusses A 46/Deutzer Straße mit Gesamtkosten von rd. 0,7 Mio Euro und stellte diese Mittel außerplanmäßig zur Verfügung. Die Bauarbeiten sollen zwischen Juli und Dezember 2009 durchgeführt werden.

Der Rat beschloss gegen Linksfraktion in Ergänzung zum Grundsatzbeschluss für den Neubau der Dreifachsporthalle auf dem Schulgrundstück Gerresheimer Landstraße 89 (Unterbach), die Maßnahme bereits vor dem Bau- und Finanzierungsbeschluss auszuschreiben. Hierdurch soll Kostensicherheit erreicht werden. Die Ergebnisse der Funktionalausschreibung sollen genutzt werden, um für Sporthallenbauvorhaben allgemein gültige Standards zu entwickeln, die bei zukünftigen Projekten die Abwicklung beschleunigen.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer